

Platz abbeck

Nr. 6, 10. Juli 2017

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE, Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

NO₂: Stadt Köln zur Vorbereitung von Diesel-Fahrverböten verpflichtet

Laut dem Umweltdezernat der Stadt Köln bereitet die Kölner Stadtverwaltung Fahrverbote für Dieselfahrzeuge vor. Sie sei hierzu rechtlich verpflichtet. Die Verwaltungsmittelteilung mit diesen Informationen wurde jedoch durch die Verwaltung selbst bereits nach kurzer Zeit wieder gelöscht. Sie ist offiziell nicht mehr verfügbar.

In Köln werden die Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) immer wieder überschritten. Am Clevischen Ring in Köln-Mülheim liegt die Belastung im Jahresdurchschnitt bei 63 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Erlaubt sind 40 Mikrogramm.

Stickstoffdioxid führt zu einer Zunahme von Lungenerkrankungen und von Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Europäische Umweltagentur schätzt, dass in Deutschland 2012 etwa 10.400 Menschen durch die Belastung mit Stickstoffdioxid vorzeitig starben.

An den hochbelasteten Orten in Köln ist der lokale Autoverkehr der stärkste NO₂-Verursacher, am Clevischen Ring ist er für 48 % des NO₂ verantwortlich. Dabei stoßen Dieselfahrzeuge deutlich mehr NO₂ aus als Benziner. Weitere 43 % gehen auf die „regionale Hintergrundbelastung“ zurück (Kraftwerke, Industriebetriebe und der Verkehr in der Region).

Das NO₂-Problem hat sich in den letzten Jahren nicht gebessert, obwohl die Grenzwerte für PKW immer schärfer wurden. Aber sie wurden von der deutschen Autoindustrie unterlaufen und die Bundesregierung hat sie dabei gedeckt. Und so sind diese Grenzwerte dann wirkungslos: Das Umweltbundesamt stellt fest, dass Diesel-Pkw, die nach der schärfsten EU-Norm „Euro-6“ zugelassen sind, statt der erlaubten 80 mg NO_x/km im Durchschnitt 507 mg NO_x/km ausstoßen, das sind 534 Prozent über dem Grenzwert! - NO_x ist die Sammelbezeichnung für alle Stickoxide, darunter auch NO₂.

Fortsetzung Seite 3

GAG stärken: Mehr preiswerte Wohnungen bauen

Der Deutsche Mieterbund teilte im Mai dieses Jahres mit, dass bundesweit eine Million Wohnungen fehlen, vor allem im preisgünstigen Segment. Es wird der Neubau von 140.000 Wohnungen pro Jahr gefordert, davon mind. 80.000 im geförderten Sektor. Die Bundesmittel für den Wohnungsbau müssen von 1,5 Milliarden auf 3 Milliarden verdoppelt werden, so der Mieterbund. Der Mieterbund fordert wie DIE LINKE ein gemeinnütziges Wohnungsmarktsegment, mit Gewinndeckelung auf eine Rendite von 3 % bis 4 % und Mietpreisdeckelung analog der Förderbedingungen im sozialen Wohnungsbau sowie Steuervorteile bzw. Befreiungen für gemeinwohlorientierte Wohnungsbauunternehmungen.

Wohnungsnot erfolgreich überwinden

Auch die Stadt Köln ist um die Überwin-

dung der Wohnungsnot bemüht, allerdings ohne durchschlagenden Erfolg! Der Rat der Stadt Köln hat in den letzten Jahren innerhalb des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen ein Bündel von Maßnahmen beschlossen, um die Wohnungsknappheit in Köln zu überwinden. Die Wohnraumschutzsatzung, soziale Erhaltungssatzungen, das Baulückenprogramm, der Flächenpass, die Konzeptvergabe, das städtische Vorkaufsrecht und das kooperative Baulandmodell sind beschlossen. Nun gilt es diese Instrumente, insbesondere die Wohnraumschutzsatzung, gegen die Angriffe der schwarzgelben Landesregierung zu verteidigen.

Trotz dieser richtigen Maßnahmen im Stadtentwicklungskonzept Wohnen klaffen Angebot und Nachfrage, insbesondere bei preiswertem Wohnraum weit auseinander. Abgesehen von der Nachkriegszeit gab es in



Unter der Losung „Das Problem heißt Verdrängung“ demonstrierten am 17. Juni 1.000 Kölnerinnen und Kölner für den Erhalt alternativer Wohn- und Kulturprojekte wie das Autonome Zentrum am Eifelwall, dem Bauwagenplatz „Wem gehört die Welt?“ und vielen mehr.

Foto: Engels/r-mediabase.de



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

Köln keine vergleichbare Wohnungsnot. Der Mangel an preiswerten Wohnungen in Köln nimmt dramatische Züge an.

Der Baudezernent der Stadt, Herr Höing, teilte in einem Expressinterview am 18.06.2017 mit, dass mit der Wohnungswirtschaft zu vereinbaren sei, dass künftig jedes Jahr 6.000 Wohnungen gebaut werden müssen. Leider war von preiswerten oder geförderten Wohnungen keine Rede.

Köln ist Zuzugsstadt

Im Jahr 2015 gab es für Köln einen positiven Wanderungssaldo von 15.644 Einwohner*innen. Aber gegenüber den unmittelbaren Nachbarkreisen gibt es einen negativen Saldo. Es ziehen etwa 3.500 mehr Menschen von Köln in die Nachbarkreise als von dort aus zuziehen. Die meisten Menschen, die ins unmittelbare Umland abwandern, sind zwischen 24 und 30 Jahren alt. Die größte Gruppe hierunter sind junge Familien, die in Köln keine bezahlbare Wohnung finden. Niemand möchte eine Stadt, in welcher für junge Familien kein Platz ist.

Unerschwingliche Wohnungen

Die Wohnungen in Köln sind für Normalverdiener und junge Familien unerschwinglich. In 2016 lag der mittlere Mietpreis bei Erstvermietung bei 14,50 Euro pro Quadratmeter ohne Nebenkosten. Das bedeutet eine Steigerung von circa 20 % gegenüber 2014. Bei den Neuvermietungen aus dem Bestand lag der Quadratmeterpreis in 2016 bei 10 Euro pro Quadratmeter. Das ist eine Verteuerung um 5 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Jahr 2016 sind erneut über 1.500 Wohnungen aus der Förderung gefallen. Die Quote der geförderten Wohnungen in Köln sinkt weiter und lag in 2016 bei nur noch 6,8 %. Um den Trend zu stoppen, müssten zwischen 1.500 und 2.000 geförderte Wohnungen pro Jahr gebaut werden.

Fertigstellungen reichen nicht aus

Die Fertigstellungen von privaten und öffentlichen Investoren reichen nicht aus. Im Jahr 2016 wurden 877 Bewilligungen für geförderte Wohnungen in Köln erstellt. Es wurden insgesamt 2.400 Wohnungen gebaut. Die Zahlen dazu, wie viele hiervon Mietwohnungen sind und wie viele von diesen wiederum geförderte Wohnungen sind, sind derzeit noch nicht bekannt. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass es gegenüber dem Vorjahr nennenswerte Steigerungen gegeben hat.

Sozialer Wohnungsbau in öffentlicher Hand hat positive Wirkungen auch über das Auslaufen der Sozialbindung hinaus. Die GAG steigert nach Auslaufen der Sozialbindung die Mieten nicht über das ortsübliche Niveau. Die Wohnungen bleiben

somit als preisgünstige Wohnungen erhalten.

Die GAG unterhält derzeit circa 43.850 Wohnungen. Gemessen an der Gesamtzahl der Kölner Wohnungen macht das circa 8 % aus. Die GAG hat im abgelaufenen Jahr 781 Wohnungen fertiggestellt. Davon entfallen auf Neubau 352 und auf Generalsanierung 429. Insgesamt wurden in 2016 von der GAG 385 geförderte Wohnungen fertiggestellt. Damit ist die GAG in Köln die deutlich größte Bauherrin im sozialen Wohnungsbau. Gemessen am Bedarf sind diese Zahlen jedoch deutlich zu niedrig.

GAG braucht Unterstützung der Stadt

Bis 2021 will die GAG 1.000.000.000 Euro für 5.800 neue Wohnungen investieren: 3.750 im Neubau und 2.050 im Rahmen der Generalsanierungen. Bis zu 70 % dieser Wohnungen sollen im geförderten Sektor entstehen. Das bedeutet, dass jährlich ca. 650 Wohnungen im geförderten Sektor neu gebaut werden. Gemessen am oben aufgeführten Bedarf von 2.000 preiswerten neuen Wohnungen pro Jahr ist das zu wenig, zumal nicht davon ausgegangen werden kann, dass private Investoren künftig mehr als 800 geförderte Wohnungen pro Jahr bauen werden. Um diese Aufgaben zu erfüllen, benötigt die GAG die Unterstützung der Stadt Köln.

Forderungen der LINKEN

Im Kölner Rat stellt DIE LINKE eine Reihe von Forderungen. Die kurz vorm Abschluss befindliche Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und der Kölner Wohnungswirtschaft soll nicht nur die Zielgröße von 6.000 neu gebauten Wohnungen

pro Jahr enthalten, es ist darüber hinaus festzulegen, dass davon mindestens 2.000 Wohnungen im geförderten Sektor zu errichten sind.

Die GAG soll von den 2.000 vorgesehenen geförderten Wohnungen 1.200 Einheiten pro Jahr bauen. Von den Wohnungsbaugenossenschaften, den kirchlichen Wohnbauunternehmen und der privaten Wohnungswirtschaft sind ab 2018 somit mindestens 800 geförderte Mietwohnungen pro Jahr zu bauen.

Um die Zielzahl der GAG zu erreichen, muss die Stadt handeln:

1. Personalaufstockung bei der GAG
2. Beabsichtigt die Stadt oder eine ihrer Töchter Bauland zu verkaufen, muss das Land zuerst der GAG angeboten werden. Die Stadt soll die GAG im Regelfall beim neu eingeführten Vorkaufsrecht für potentielle Wohnbauflächen als Käufer einsetzen.
3. Bei Erbpachtregelungen zu Gunsten der GAG verzichtet die Stadt in den ersten 15 Jahren auf die Erhebung des Erbpachtzinses, wenn die GAG ein von der Stadt vorgegebenes Konzept (zum Beispiel mit der Vorgabe, preiswerten Wohnraum zu schaffen) auf der Fläche verwirklicht.
4. Die Stadt soll vermehrt Bürgschaften für Projekte der GAG übernehmen, damit diese an günstige Kredite kommt.
5. Die Stadt soll prüfen, ob durch die Einlage von städtischem Grund in das Unternehmen GAG die Eigenkapitalquote erhöht werden kann. Damit soll die GAG in die Lage versetzt werden, große Investitionen zu stemmen.

Michael Weisenstein

Kölner Wählerwanderung bei der Landtagswahl

DIE LINKE war im Jahr 2010 mit 5,6 % in den Landtag eingezogen. Dabei konnte sie auch 9.300 Nichtwählerinnen und Nichtwähler für sich gewinnen. 2012 flog DIE LINKE aus dem Landtag und verlor 6.200 Stimmen an die Nichtwähler. 2017 konnte sie 7.000 Nichtwähler wiedergewinnen.

Bei der Landtagswahl 2010 haben 3.900 SPD-Wählerinnen und -Wähler DIE LINKE gewählt. Bei der Landtagswahl 2012 war es umgekehrt - 1.800 gingen zur SPD. Diesmal wechselten 1.700 SPD-Wähler*innen zur LINKEN, d.h. langfristig betrachtet gab es keine große Wanderung.

An die Piraten dagegen hatte DIE LINKE 2012 3.900 Stimmen verloren und diesmal 7.000 gewonnen. Hier konnte sie ein klares Plus verbuchen.

Bei den Grünen ist es noch deutlicher: Zwar hatte DIE LINKE 2012 1.000 Stimmen an den Grünen abgegeben, diesmal haben aber 10.100 Grünen-Wählerinnen und -Wähler der LINKEN das Vertrauen gegeben.

In Köln mobilisierte DIE LINKE insgesamt 8,4 % der Wähler. Das sind absolut 39.510 Stimmen.



Jörg Detjen

Schwarz-Gelbe Inklusion: Ein Schritt vorwärts, zwei zurück

Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP – der die exklusive NRW-Koalition besiegelt – lässt in Fragen der Inklusion von Menschen mit Behinderungen vieles offen. Eva Maria Thoms hat in der letzten Ausgabe des Platzjabbeck ihre Befürchtungen für den Schulbereich dargelegt, deshalb befassen wir uns in diesem Artikel mit anderen Aspekten. Die UN-Konvention ist am 24. Februar 2009 von der Bundesrepublik ratifiziert worden, das Bundesteilhabegesetz (BTHG) ist in der ersten Stufe seit 1.1.2017, in der zweiten Stufe ab 1.1.2018 in Kraft. Die Länder müssen viele Dinge regeln, die im Bundesteilhabegesetz vorgesehen sind – auf die neue Landesregierung kommt also ein großes Aufgabenpaket zu.

Was wird aus der Eingliederungshilfe?

Der Koalitionsvertrag erklärt dazu in dürren Worten: „Wir werden das Bundesteilhabegesetz in Nordrhein-Westfalen zügig umsetzen und den vorgegebenen Zeitrahmen einhalten.“ Das war's. Das BTHG verpflichtet die Länder, bis zum 1.1.2018 einen neuen Sozialhilfeträger zu schaffen, der Träger der Eingliederungshilfe sein soll. Bislang sind die Landschaftsverbände die größten Träger der Eingliederungshilfe, aber auch Kreise und kreisfreie Städte, Arbeitslosenversicherung, Krankenkassen und Rentenversicherung sind mit einbezogen. Am 26. Januar 2017 hat sich ein bemerkenswertes Bündnis an die alte Landesregierung gewandt, um eine erfolgreiche Umsetzung des BTHG zu erreichen. Dem Bündnis gehören an: Der Städtetag

NRW, der Landkreistag NRW, der Städte- und Gemeindebund, beide Landschaftsverbände sowie die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege NRW – also eigentlich alle, die mit dem Thema befasst sind. Sie haben dem Land vorgeschlagen, die ab 2020 notwendige Trennung zwischen existenzsichernden Leistungen und Fachleistungen bereits ab 1.1.2018 zu vollziehen. Die Kommunen sollen Träger der existenzsichernden Leistungen und die Landschaftsverbände Träger der Fachleistungen werden. Ein kon-

kretes Anliegen, das die alte Landesregierung nicht umgesetzt hat und über dessen Umsetzung im neuen Koalitionsvertrag nichts zu finden ist. Da sich dieser breit getragene Vorschlag nicht in der Koalitionsvereinbarung findet, kann man schlussfolgern, dass sich die Koalitionäre für NRW nicht einig sind. Viel Zeit bleibt aber nicht mehr für die Umsetzung.

Sondereinrichtungen sollen bleiben

Auffällig am Koalitionsvertrag zum Thema Inklusion ist außerdem, dass er sich vor allem damit befasst, wie und ob Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Dabei sollen „ausdrücklich bewährte Strukturen“ erhalten werden. „Deshalb sollen Werkstätten für behinderte Menschen als Anbieter von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in unserem Land weiterhin einen festen Platz haben.“ Nun haben die Werkstätten nicht nur einen festen Platz, ihre Zahl und die Zahl der bei ihnen beschäftigten Menschen steigt seit Jahren ständig. Eine exklusive Einrichtung, die Menschen mit Behinderungen vom allgemeinen Arbeitsmarkt separiert und die Beschäftigten mit einem Taschengeld abspeist, wird damit zementiert.

Ulrike Detjen

ist Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Landschaftsversammlung Rheinland, dem Parlament des Landschaftsverbandes.



„Nichts über uns
ohne uns!“
mit UN-Konvention (Schattenübersetzung)

LVR

DIE LINKE.
in der Landschaftsversammlung Rheinland

Fortsetzung von Seite 1: Dieselfahrverbote ...

Weil die Grenze von 40 Mikrogramm in vielen Städten überschritten wird, hat die Deutsche Umwelthilfe geklagt und gegen eine Reihe von Städten wie München und Düsseldorf Recht bekommen. Das Gerichtsverfahren gegen Köln läuft noch, wird aber mit großer Sicherheit ähnlich ausgehen.

Die Städte kommen daher um drastische Maßnahmen nicht herum. Die einzige Maßnahme, die wirksam genug ist, und die auch kurzfristig umsetzbar wäre, sind Fahrverbote für Dieselfahrzeuge.

Derzeit wird vor dem Bundesverwaltungsgericht geklärt, ob Fahrverbote nach jetziger Gesetzeslage angeordnet werden dürfen oder ob hierzu ein Bundesgesetz nötig wäre, z.B. die Einführung der Blauen Plakette, die aber von CSU-Verkehrsminister Dobrindt verweigert wird.

Die Kölner Stadtverwaltung bereitet

bereits Fahrverbote für Dieselfahrzeuge vor. Sie wurde dazu vom (zu dem Zeitpunkt noch rot-grünen) Umweltministerium NRW angewiesen.

SPD, CDU und FDP versuchten in der Aprilsitzung des Rates, Dieselfahrverbote aus dem Maßnahmenkatalog zur Luftreinhaltung zu streichen, den der Kölner Umweltdezernent dem Rat vorgelegt hatte. Die Autofahrer sollten geschont werden, gerade so kurz vor der Landtagswahl.

Letztlich erklärte eine Mehrheit aus SPD, CDU, Grünen und der Wählergruppe GUT per Ratsbeschluss die Stadt Köln für nicht zuständig.

Es ist ein Glück, dass der Umweltdezernent diesem Beschluss nicht gefolgt ist. Wenn nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes ein Kölner Gericht oder die Kölner Bezirksregierung ein Fahrverbot anordnet, und die Stadtverwal-

tung ist nicht darauf vorbereitet und hat keine Konzepte in der Schublade, dann ist das Chaos perfekt!

Das schwarz-grüne Ratsbündnis konnte über die Mitteilung aus dem Umweltdezernat dennoch nicht glücklich sein. Zeigte sie doch, dass ihr Ratsbeschluss auf Unkenntnis beruhte und nicht befolgt werden konnte. – Und so verschwand die Mitteilung einfach aus dem städtischen Intranet. Sie wurde nicht offiziell zurückgezogen, wie in solchen Fällen durch die Geschäftsordnung des Rates vorgeschrieben, sondern sie wurde einfach gelöscht. Die Anweisung hierzu muss aus dem Büro der Oberbürgermeisterin gekommen sein.

Für diejenigen, die die Mitteilung lesen möchten: Wir haben sie rechtzeitig gesichert und stellen sie auf der Internetseite der Kölner Linksfraktion zur Verfügung.

Wilfried Kossen

Aus den Ausschüssen

SOZIALES UND SENIOREN

Mitnahmeverbot für E-Scooter wird geprüft

Seit Dezember 2014 weigert sich die KVB, E-Scooter in Stadtbahnen und Bussen mitzunehmen. Das Thema wurde mehrfach im Sozialausschuss diskutiert. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik fordert in einem einstimmigen Beschluss: „Die Kölner Verkehrsbetriebe werden aufgefordert, das Mitnahmeverbot für Elektro-Scooter in ihren Stadtbahnen umgehend aufzuheben.“

In der Begründung ihres Antrags schreiben sie:

„Der Erlass des NRW-Verkehrsministeriums zur Beförderungspflicht von E-Scootern in Linienbussen vom 15.3.2017 ist inzwischen von allen 16 Bundesländern übernommen worden und hat bundesweite Gültigkeit. Dieser enthält allerdings technische Anforderungen, die von heutigen Elektro-Scootern nicht erfüllt werden. Für die sichere Mitnahme von E-Scootern in Stadtbahnen sind laut STUVA-Gutachten vom 11.11.2015 diese einschränken den Anforderungen nicht notwendig. Insbesondere die Längenbeschränkung auf 1,20 m ist nicht erforderlich ... Auch die haftungsrechtlichen Bedenken der KVB konnten in dem juristischen Gutachten vom 9.9.2016 ausgeräumt werden.“

In mehreren Städten nehmen die Verkehrsunternehmen die E-Scooter mit. Zum Teil gab es Anweisungsbeschlüsse der städtische Gesellschafter. Auf der letzten Sitzung des Sozialausschusses schlug DIE LINKE vor, dass sich der Sozialausschuss dem Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft anschließen solle. SPD und Grüne waren dazu bereit, nur nicht die CDU und FDP. DIE LINKE forderte einen politischen Beschluss der Stadt Köln für eine Mitnahme der E-Scooter. Die Verwaltung prüft nunmehr, ob eine solche Anweisung rechtsverbindlich sein könnte.

Jörg Detjen

SOZIALES UND SENIOREN

Neubau des Frauenhauses

Das erste von zwei Frauenhäusern in Köln ist deutlich in die Jahre gekommen. In der letzten Ausschusssitzung wurde deswegen ein Neubau beschlossen. Gleichzeitig sollen mehr Plätze für Frauen und Kinder geschaffen werden. Statt 10 Frauen und 12 Kinder sollen künftig 16 Frauen und 18 Kinder aufgenommen werden können. Eine Wohnmöglichkeit wird barrierefrei gestaltet.

Leider möchte die Stadt die Personal-

ausstattung des Frauenhauses nicht angemessen erhöhen. Der Trägerverein „Frauen helfen Frauen e. V.“ wollte deswegen die Kinderplätze auf 14 beschränken. Sie argumentieren, dass sie ohne ausreichend qualifiziertes Personal mit so vielen schwer traumatisierten Kindern nicht vernünftig arbeiten können. DIE LINKE war die einzige politische Kraft, die im Ausschuss für den Neubau in der Variante des Trägervereins mit lediglich 14 Kinderplätzen gestimmt hat.

Die anderen Fraktionen meinten, eine Erzieherin sei ausreichend, um die Kinder zu betreuen. Doch diese sind für Kinder ohne besondere Belastungen ausgebildet, und können deswegen die Kinder bestenfalls betreuen, aber sie nicht ausreichend darin unterstützen, die Gewalterfahrung zu verarbeiten. Passiert das aber nicht, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass diese Kinder als Erwachsene wieder in alte Muster verfallen und selbst Opfer bzw. Täter werden. Gewalt vererbt sich, wenn nicht frühzeitig eingegriffen wird.

Hier ist wieder einmal aus Kostengründen eine Chance vertan worden, diese Kinder optimal zu fördern.

Figen Maleki

SOZIALES UND SENIOREN

Ratsbeschluss für Mindeststandards nicht umgesetzt

Die Vorlage für eine Verbesserung der Mindeststandards hatte die Verwaltung kurz vor der Aprilsitzung zurückgezogen, weil sie kontrovers diskutiert wurde und wünschenswerte Nachbesserungen erarbeitet werden sollten. Die neue Vorlage unterscheidet sich von der alten hauptsächlich durch eine Einsparung von 500.000 Euro, die sich aus der beendeten Unterbringung in Turnhallen ergibt. Die im April eingeforderte Umsetzung des Betreuungsschlüssels von 1:60 – bezogen auf die realen Betreuungszeiten für die Flüchtlinge – soll weiterhin nicht umgesetzt werden, obwohl z. B. das Rechnungsprüfungsamt in einem Prüfbericht vom März 2017 die reale Berechnung der wirklichen Betreuungszeiten in den Flüchtlingsunterbringungen einfordert.

Die Verwaltung veräppelt durch ihr Agieren den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen und die gesamte Politik. Die Umsetzung des Ratsbeschlusses, die bereits praktizierte Betreuung in den Notunterkünften zu verbessern, in dem der Betreuungsschlüssel auf 1:60 angehoben wird, wird unterlaufen. Damit wird sich an der unzureichenden Betreuung der Flüchtlinge nichts ändern. Die Ergebnisse einer mona-

telangen Diskussion werden so über den Haufen geworfen.

Es wurde auch die erneute Einbeziehung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen zugesichert. Nachdem der Runde Tisch lange nichts von der Verwaltung gehört hatte, forderte er am 19. Mai ausdrücklich die Einbeziehung bei der Erarbeitung der Vorlage. Das wurde erneut zugesichert, diese Zusage aber von der Verwaltung ohne Begründung gebrochen. Mitte Juni wurde die neue Beschlussvorlage als Dringlichkeitsantrag vorgelegt, ohne vorher mit dem Runden Tisch oder der Politik geredet zu haben.

In einem Änderungsantrag forderte DIE LINKE zusammen mit den Piraten zusätzliche Mittel für die Willkommensinitiativen im Umfang von ca. 120.000 Euro für deren konkrete Arbeit mit den Geflüchteten. Wenn die Verwaltung guten Willen gezeigt hätte, wäre dieser Vorschlag der Willkommensinitiativen durch die erzielten Einsparungen aufgrund der Turnhallenräumung umsetzbar.

Nach der Landtagswahl zeigt das Jamaika-Bündnis sein wahres Gesicht. Wir werden nicht lockerlassen und weiterhin für ausreichende soziale Mindeststandards für Flüchtlinge eintreten.

Jörg Detjen

KUNST UND KULTUR

Kultur ist kostspielig, aber auch kostbar

Können und wollen wir uns das auch leisten? Nachdem sich der Rat im Dezember 2009 für die Sanierung der Oper und des Schauspiels entschieden hatte, wurde 2011 per Ratsbeschluss ein Kostenrahmen von 253 Millionen festgesetzt.

Im Frühjahr 2015 wurde dann klar, dass diese Baustelle nicht so funktionierte, wie sie sollte. Der erste Paukenschlag war im Juli 2015 die Absage der Wiedereröffnung der Bühnen am Offenbachplatz. Ein 11-Punkte-Plan, unter dem Motto „Erst planen, dann bauen“, wurde erarbeitet. Ende 2016 wurde das Budget auf 404 Millionen angehoben.

Für den 3.7.2017 kündigt der technische Betriebsleiter Bernd Streitberger (Baudezernent 2004-2012) die neuste Kostenprognose an. Durch eine Indiskretion wurde schon einige Tage vorher die Kostenprognose von 570.554.049,49 Euro in der Presse auch von Ratspolitiker*innen kommentiert.

Vieles ist mehr als schief gelaufen, und nun geht man zurück auf Anfang. Auch wenn im Gesamtüberblick schon fast 65 % der Bauleistungen erbracht worden sind, umso tückischer sind die verbleibenden 35 %.

Im besten Fall geht die Planung zurück auf die Leistungsphase 3 (Entwurfspla-

nung und Kostenberechnung). Um hier verlässliche Aussagen machen zu können wird hier vertieft bis im schlimmsten Fall zur Leistungsphase 1 (Klären der Aufgabenstellung, Beraten zum gesamten Leistungsbedarf und als besondere Leistungen Bestandsaufnahme) zurückgegangen. Wenn dann, so die Prognose, Ende des 1. Quartals 2019 die Entwurfsplanung abgeschlossen sein sollte, wird dies auch erneut Auswirkungen auf die Kostenprognose haben.

Damit nicht wieder ein Neueröffnungstermin im Raum steht, hat Herr Streitberger als Bauherr eine „prognostizierte Schlüsselübergabe“ kreiert. Das Projektziel soll dann im 4. Quartal erreicht werden.

In der Regel ist das, was kostbar ist, auch kostspielig. Die Oper ist nicht das einzige Projekt, das zurzeit eine enorme Kostensteigerung erfährt. Es betrifft Museen mit kostbaren Archivalien und mit großer Geschichte und Geschichten unserer Stadt, und das müssen wir leisten.

Gisela Stahlhofen

WIRTSCHAFT

Großmarkt in Marsdorf bauen

Zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses hat die Verwaltung eine Vorlage eingebracht, nach der der Großmarkt von Raderberg nur in das Gewerbegebiet Marsdorf verlegt werden kann. Die Kölner Linksfraktion spricht sich für diese Verlagerung aus und drängt auf ein Ende der jahrelangen Hängepartie. Weitere Warteschleifen für die planungs- und baurechtlichen Vorbereitungen des Neubaus darf es nicht geben. Noch vor der Sommerpause soll der Rat entscheiden, dass das neue Frischezentrum als unverzichtbarer, traditioneller Teil der Daseinsvorsorge von der Stadt Köln in Marsdorf gebaut und betrieben werden muss. Es ist Zeit, in der Ratssitzung im Juni endlich anzuerkennen, dass nur das Gewerbegebiet Marsdorf für das neue Frischezentrum geeignet ist.

Die Verzögerungstaktik der CDU ist wirtschaftsfeindlich und gefährdet Arbeitsplätze nicht nur auf dem Großmarkt. Der Stand auf dem Wochenmarkt, der kleine Gemüseladen und viele Restaurants sind auf den Großmarkt angewiesen, von dem sie ihre Waren beziehen. Die Verzögerung gefährdet gerade kleine Betriebe. Ohne den Großmarkt bleiben nur die großen Supermarktketten, die ihre eigenen Logistikzentren haben.

Die Unsicherheit für die Unternehmen auf dem Großmarkt in Raderberg dauert schon seit Jahren an. Wenn für die Parkstadt Süd der alte Großmarkt schließt, dann muss der neue Standort bereitstehen.

Berndt Petri, Jörg Detjen

JUGENDHILFE

Demokratie will gelernt sein

Im Jugendhilfeausschuss wurde ein gemeinsamer Antrag aller demokratischen Fraktionen verabschiedet, der das von der Verwaltung vorgelegte Partizipationskonzept ergänzt. Darin hat sich DIE LINKE besonders für die Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen stark gemacht.

Wir müssen mit Beteiligungskonzepten für Kinder und Jugendliche frühzeitig gegen Politikverdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligung gerade in benachteiligten Vierteln ansteuern. Nur wenn Kinder merken, dass auch ihre Stimme Gewicht hat, werden sie den Nutzen von demokratischen Verfahren schätzen lernen.

Dabei legt DIE LINKE Wert auf einen niedrigschwelligen Ansatz. Deswegen haben wir uns dafür stark gemacht, dass nicht nur die üblichen Zielgruppen angesprochen werden. So sollen auch Jugendliche und junge Erwachsene außerhalb bestehender Strukturen eingebunden werden. Dafür werden bezirksspezifische Konzepte entwickelt.

Besonders wichtig ist uns, Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten wirksam einzubeziehen. Dafür ist die Einbindung von Streetwork das entscheidende Schlüsselement, das jetzt im Partizipationskonzept verankert ist.

Franco Clemens,

Dr. Carolin Butterwege

Ehe für Alle

Rede von Güldane Tokyürek zum Bundestagsbeschluss auf der Kundgebung dazu am selben Abend

Liebe Aktivisten und Aktivistinnen für Schwulen- und Lesbenrechte, für die Rechte von Trans-, Bi- und Intersexuellen,

dass die Ehe nun endlich für alle geöffnet wird, ist in erster Linie euer Erfolg! Ohne jahrelangen außerparlamentarischen Druck hätte der Bundestag wahrscheinlich auch heute noch keine Gleichstellung für gleichgeschlechtliche Paare beschlossen. Die Politik hat ihren Beitrag dazu geleistet. Aber in erster Linie könnt ihr euch selber gratulieren! ...

Aber dieser wichtige Erfolg auf dem

Weg der Gleichstellung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch viel zu tun gibt. Es geht weiter um Gleichstellung im Alltag, um Normalität. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Dietmar Bartsch hat heute im Bundestag gesagt: „Wir dürfen nicht zulassen, dass weiterhin gleichgeschlechtliche Paare Angst haben, Hand in Hand durch die Stadt zu gehen.“

Wir müssen auch dem konservativ-reaktionären Backlash begegnen, der z. B. in unseren Schulen zurück zu einem Aufklärungsunterricht will, der alleine ein heterosexuelles Menschenbild kennt und die Vielfalt möglicher Sexualitäten verschweigen und kriminalisieren will. Diese Brandstifter sind zwar weniger als man denkt, aber sie sind laut. Deswegen ist die Öffnung der Ehe eine wichtige Waffe gegen diese gefährliche, engstirnige Diskriminierung. Weil jetzt endlich Recht und Gesetz ist, was auch moralisch richtig ist: die Gleichstellung von Homo- und Heterosexuellen in der Ehe. Davon ist die übergroße Mehrheit in unserem Land überzeugt, deswegen muss die Gleichstellung jetzt durchgesetzt werden. ...

Viel ist auch noch zu tun in der Gleichstellung von trans- und intersexuellen Menschen. DIE LINKE hat dazu im Bundestag vor ein paar Tagen einen Gesetzentwurf eingebracht, der u. a. das Verbot auf den Weg bringen will, Kinder mit einem uneindeutigen Geschlecht zu operieren, bevor sie darin einwilligen bzw. die Operation ablehnen können. Hier gibt es noch genug zu regeln, um überkommene Vorstellungen in die Mottenkiste der Geschichte zu verbannen und das Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung durchzusetzen! ...

Wir hier dagegen wollen eine Gesellschaft, in der jeder auf seine Weise leben kann, solange es keinen anderen in seinen Rechten beschneidet. Auf die Dauer ist das das attraktivere Modell. Indem wir also immer mehr echte Gleichstellung erreichen, bieten wir jedem und jeder in seiner Unterschiedlichkeit die Chance auf ein erfülltes Leben. Wenn wir das in allen Bereichen der Gesellschaft verankern und überzeugend leben, entfaltet diese Gesellschaft eine Sogwirkung, der man sich nur schwer entziehen kann. Das ist das Gesellschaftsmodell der Zukunft. Wer möchte da schon abseits stehen?



Aus den Bezirken

INNENSTADT

Drogenkonsumraum am Neumarkt

So viel Bürgernähe war selten: Der Sitzungssaal barst aus allen Nähten, als die Oberbürgermeisterin am 29. Juni 2017 ihren Antrittsbesuch in der Bezirksvertretung Innenstadt machte. Ursächlich für die drangvolle Enge war aber auch die anberaumte aktuelle Stunde zum geplanten Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt. Eine flugs gegründete Bürgerinitiative wusste zu mobilisieren, weshalb nicht nur die Raumluft knapp, sondern auch die Atmosphäre äußerst gespannt war. Nachdem Frau Reker ihre großzügig angelegten Pläne zum Ausbau partizipatorischer Elemente erläutert hatte, leitete Sozialdezernent Dr. Rau fachlicherseits zum Neumarkt über. Anschließend hatten die geladenen Geschäftsleute und Immobilienbesitzer der IG Zukunft Neumarkt Gelegenheit, ihren konträren Standpunkt darzulegen. Sie untermauerten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem geplanten Standort, erwarten eine Zunahme von Kriminalität und Drogentourismus, fühlen sich schlichtweg nicht mitgenommen.

Die diskutierten sachlichen Thesen von Politik und Verwaltung wurden immer wieder von Zwischenrufen unterbrochen, während die geschilderten Endzeit-Szenarien der Anwohner*innen lautstark beklatscht wurden. Frau Reker wusste hier mäßigend, aber auch maßregelnd einzugreifen: „Keiner von uns sollte annehmen, er könne bestimmen, was in seiner Nachbarschaft passiert. Ich bitte Sie, mitzuarbeiten und abzuwarten.“ Die OB stellte unmissverständlich klar, dass sie über ausreichend sozialpolitische Erfahrungen verfüge und dass auch ihr Verständnis von Bürgerbeteiligung Grenzen habe. Ähnlich argumentierte die Linksfraktion, die auf die Bürgerinformationsveranstaltung verwies, die am 15. Mai hochkarätig besetzt im VHS-Gebäude am Neumarkt stattgefunden hatte. Wir erklärten, dass diese Veranstaltung natürlich nicht dafür ausgelegt war, mal unverbindlich bei der Bürgerschaft nach der Akzeptanz von Drogenkonsum in ihrer Nähe anzufragen. Vielmehr bot sie den verschiedenen Akteuren (Gesundheitsamt, Drogenhilfe, Sozialdezernat, Polizei und Ordnungsamt) die Möglichkeit, über Chancen und Perspektiven der notwendigen Einrichtung eines Konsumraums in Konsumentennähe zu informieren. Wir machten deutlich, dass es hier um die Umsetzung längst gefällter Beschlüsse geht, die Politik und Verwaltung gemein-

sam tragen und zu verantworten haben. Es werde nun endlich versucht, die jahrzehntelang bekannten Probleme, wenn auch nicht zu lösen, so aber doch wenigstens einzudämmen und sozial abzufedern. Angelehnt an die Projekte, welche in anderen Städten längst etabliert sind und eingebettet in bewährte ordnungspartnerschaftliche Strukturen; konzeptionell begleitet und umfassend evaluierbar.

Marco Jesse, Geschäftsführer des Vereins für innovative Drogenhilfe Vision e.V., wusste weitere fachliche Argumente für die Einrichtung des Konsumraums einzubringen. Ob diese ein Stück weit verfangen haben, bleibt abzuwarten. Auch wenn die Befürchtungen der Anwohnerschaft wesentlich irrational begründet sein mögen, so gilt es doch, diese ernst zu nehmen. Die kurzfristige Terminierung weiterer Infoveranstaltungen und die zwischenzeitliche Einrichtung eines „Runden Tisches Neumarkt“ sind daher zu begrüßen, ermöglichen sie doch den konstruktiven Dialog von Bürgern und Bürgerinnen, Geschäftsleuten, Ämtern, Polizei und Politik. Die in der Bezirksvertretung geführte Debatte erwies sich leider nicht nur emotional, sondern auch als zeitlich ziemlich erschöpfend. Aufgrund der Dichte ihrer Termine, konnte die Oberbürgermeisterin keine weiteren Themen mit uns diskutieren, obschon wir sie gerne noch zur Zuständigkeitsordnung, zum Römisch-Germanischen Museum und zum Wohnraumdefizit in der Innenstadt befragt hätten. Andererseits galt es noch rund 90 weitere Tagesordnungspunkte aufzurufen und abzuarbeiten...

Michael Scheffer

RODENKIRCHEN

Gehwegparken im Bezirk

„Die Verwaltung wird gebeten, dort wo es städtebaulich und verkehrstechnisch ver-

träglich ist und für Fußgänger ausreichend Platz verbleibt, auf Bürgersteigen das Parken durch Beschilderung und Markierungen, auch auf der Straße, zu legalisieren“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag der CDU und SPD in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Dass damit der Parkdruck im Bezirk genommen werden kann ist allerdings eine irriige Annahme. Im Gegenteil. Es wird nur das Problem der Autofahrer auf Fußgänger abgewälzt. Schon jetzt parken Autos rechtswidrig – und mit Duldung der Stadt – überall in den Stadtteilen auf Gehwegen und nehmen den Fußgängern Platz weg. Insbesondere mobilitätseingeschränkte Menschen mit Rollstühlen, Rollatoren oder sog. E-Scootern haben Probleme, sicher an den Fahrzeugen vorbeizukommen. Ihre ohnehin schon eingeschränkte Bewegungsfreiheit wird durch das rücksichtslose Verhalten der Autofahrer noch zusätzlich erschwert. Auch Mütter oder Väter mit Kinderwagen werden ständig behindert. Ganz zu schweigen, dass man oftmals auch nur hintereinander, wie z.B. in der Zollstocker Brunnenstraße, gehen kann.

Mit dem Antrag wird nur vermeintlich Parkdruck genommen. Das rechtswidrige Gehwegparken wird dadurch keinesfalls geringer. Denn andere Autofahrer werden ganz einfach die Lücken schließen. Der Bezirk braucht dringend ein Parkraumkonzept, das auch den Bau von Quartiersgaragen, die Nutzung von z. T. ungenutzten Tiefgaragen und Abstellplätzen mit einschließt. Geh- und Radwege dürfen dabei nicht zum Opfer fallen.

Der Antrag, der in der Sitzung mehrheitlich angenommen wurde, wobei sich nur Grüne und LINKE ausdrücklich dagegen ausgesprochen haben, hat allerdings wenig Aussicht auf Erfolg. Das Amt für Straßen- und Verkehrstechnik zeigte sich schon in der Sitzung eher unzufrieden mit dem Antrag, da dieser nur schwer umzusetzen sei.

Berthold Bronisz



*Keine Fußgänger zu sehen, die stören nur beim Parken: Brunnenstraße Zollstock
Foto: Berthold Bronisz*

Schwund der Sozialwohnungen und wie wir ihn aufhalten können

Es wird gebaut in Köln. 2015 (aktuelle Zahlen liegen nicht vor) wurde mit 3.957 Wohnungen die höchste Bauleistung der letzten 15 Jahre erzielt. Doch weiterhin werden zu wenige öffentlich geförderte Wohnungen errichtet, obwohl mehr als 40 % der Kölner Haushalte einen Anspruch darauf haben. Das Wohnungsamt geht davon aus, dass „selbst bei jährlichem Erreichen der Förderzahl [Anteil und Anzahl der geförderten Wohnungen] kontinuierlich weiter zurückgehen werden.“

Allein in den fünf Jahren von 2022 bis 2026 werden nach vorläufigen Berechnungen des Wohnungsamtes fast 10.000 Wohnungen aus der Sozialbindung (Mietpreis- und Belegungsbindungen) herausfallen. Der Neubau hält damit nicht Schritt. Vielmehr wird diese Entwicklung verschärft.

Das Problem heißt: Vorzeitiges Bindungsende

Die gegenwärtig niedrigen Zinsen führen dazu, dass Sozialbindungen vorzeitig abgelöst werden. Schon in den Jahren 2010 bis 2019 machen die außerplanmäßigen Bindungsenden nach Berechnungen des Wohnungsamtes etwa 87 Prozent der Gesamtzahl aus. Diese Entwicklung setzt sich auch in den kommenden Jahren fort. 2009 ging die Verwaltung noch davon aus, dass 2025 regulär 409 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen würden. 2016 hat sie errechnet, dass 2025 jetzt 4.908 Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen. Das Problem heißt: Vorzeitiges Bindungsende.

Die Befunde für die Stadt Köln lassen sich auch im Kleinen nachzeichnen. Allein in den Stadtbezirken Innenstadt und Ehrenfeld übertreffen die Bindungsenden für geförderten Wohnungsbau zwischen 2020 und 2026 in mehreren Jahren die Prognosen für die Gesamtstadt aus dem Jahre 2009. Das Problem heißt auch hier: Vorzeitiges Bindungsende. Wie hoch der Anteil der vorzeitigen Bindungsenden ist, wird leider nicht (mehr) erfasst. Als Resultat dieser Entwicklung kann dennoch davon ausgegangen werden, dass die durchschnittlichen Sozialbindungen der geförderten Wohnungen deutlich unter den eigentlich vertraglich vorgesehenen 15 bis 25 Jahren liegen.

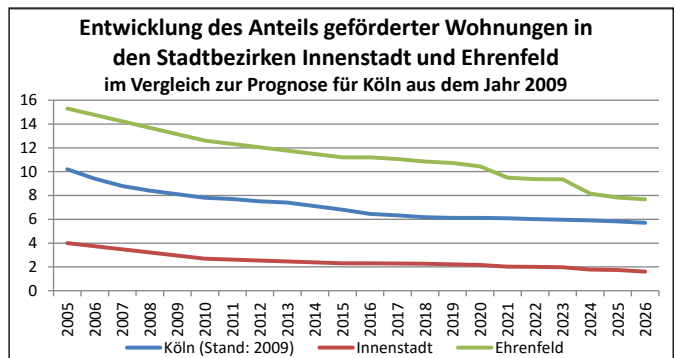
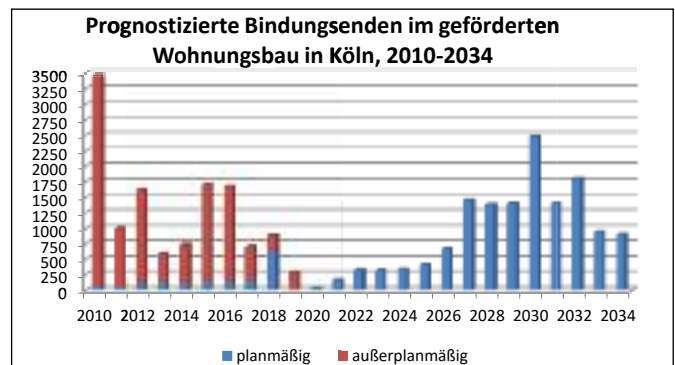
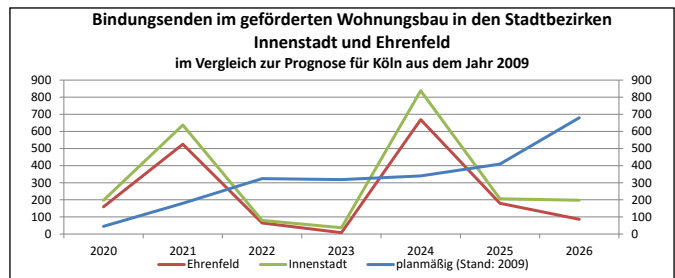
Ein Ausweg könnte der Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen im Rahmen des 2012 beschlossenen kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms sein. Leider konnte dafür bislang kein Mo-

dell mit der Wohnungswirtschaft entwickelt werden, so dass weder in der Innenstadt noch in Ehrenfeld Ankäufe stattgefunden haben.

Dabei könnte damit das angestrebte Ziel der Verwaltung, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der geförderten Wohnungen im Stadtgebiet zu erreichen, sichergestellt werden. Immerhin hat die Verwaltung mit der Wiedereinführung des kommunalen Vorkaufsrechts bei Grundstücksgeschäften gemeinsam mit der Konzeptvergabe jetzt auch weitere Instrumente an der Hand, dieses Ziel umzusetzen.

Diese Instrumente anzuwenden ist auch dringend notwendig. Zwischen 2005 und 2026 sinkt der Anteil der geförderten Wohnungen in Köln von etwa zehn auf unter sechs Prozent. Im Stadtbezirk Innenstadt wird er von niedrigen vier auf homöopathische 1,61 Prozent zurückgegangen sein. Deshalb ist es zwingend, dass das Severinsviertel schnellstmöglich eine Milieuschutzsatzung erhält, damit Verdrängungsprozesse abgemildert werden können. Wichtig ist zudem, dass auf dem Areal des Deutzer Hafens ein substantieller Anteil geförderter Wohnungen entsteht, der deutlich über den 30 % des Kooperativen Baulandmodells liegt.

Was für die Innenstadt gilt, trifft auch auf den Stadtbezirk Ehrenfeld zu. Zwischen 2005 und 2026 wird sich der Anteil geförderter Wohnungen von 15,27 auf 7,67 halbiert haben. Besonders dramatisch fällt die Entwicklung im Stadtteil Bocklemünd/Mengenich aus. 2026 wird der Anteil mit 2,65 Prozent fast schon das Niveau der Innenstadt erreicht haben. Zum Vergleich: 2005 betrug er noch 38,81 Prozent!



Es ist möglich, diese Entwicklungen aufzuhalten. Dazu müssten die Möglichkeiten, Sozialbindungen vorzeitig zu beenden, wieder deutlich eingeschränkt werden. Besser noch wäre es, wenn eine Sozialbindung dauerhaft bestünde. Dies hätte dann auch dauerhaft eine dämpfende Wirkung auf die Mietpreisentwicklung auf dem Kölner Wohnungsmarkt.

Doch nach der Landtagswahl wird dies leider Illusion bleiben. Umso wichtiger ist es für DIE LINKE, mit den vielen Aktivist*innen der verschiedenen wohnungspolitischen Initiativen in engem Kontakt zu bleiben, um das gemeinsame Ziel einer Stadt für Alle zu verwirklichen.

Christoph Besser, Michael Scheffer

Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hg.): Kölner Statistische Nachrichten. Preiswerter Wohnraum in Köln, Heft 6, Köln 2009, S.23. Ds.Nr. 1525/2017 sowie Ds.Nr. 1526/2017. Eigene Darstellung.

Sicherheit: Ein heißes Eisen für die Linke?

Weil die Linke glaubt, beim Sicherheitsdiskurs nur verlieren zu können, ist ihre Haltung häufig ein leidgeprobter Diskursvoluntarismus. Nach dem Motto: „Hoffentlich geht der autoritäre Sicherheitsdiskurs bald vorbei und es gelingt, die Aufmerksamkeit wieder auf die soziale Frage zu richten.“

Damit scheint die Linke aber nicht nur durch äußere Ereignisse, die angesichts der prekären Situation der Geflüchteten zunehmen werden, zur Passivität verdammt. Sie vergisst auch, dass die innere Sicherheit selbst eine soziale Frage ist. Die Sicherheitsfrage ist nicht per se rechts. Zunächst einmal erhebt die Linke den Anspruch, ein besseres Leben für alle zu ermöglichen. Dies gilt vor allem für die Schwächsten, die auf schützende (Staats-)Strukturen angewiesen sind. Die Befriedung des öffentlichen Lebens, die Abwesenheit von (strafloser) Gewalt ist hierfür eine Grundvoraussetzung. Wenn Angst vor Kriminalität die Lebensqualität von größeren Bevölkerungsteilen so einschränkt, dass sie bestimmte Orte meiden, ist dies für die Linke eine elementare Frage. Auch in einem zukünftigen Sozialismus wird es ein Recht auf Zivilordnung und rechtsstaatliche Verfahren geben.

Die Kritik der Linken am kapitalistischen Staat richtet sich schließlich nicht gegen die Rechtsstaatlichkeit, sondern weist darauf, dass diese in einem System struktureller Ausbeutung und Unterdrückung nicht ausreicht. Die bürgerliche Rechtsstaatsidee ist dennoch eine historische Errungenschaft, hinter die eine sozialistische Demokratie nicht zurückfallen darf.

Mehr noch: Die Grundannahme in der sozialistischen Arbeiterbewegung war stets, dass der Kapitalismus die Existenz einer zivilisierten Ordnung infrage stellt, weil seine systemimmanente soziale Ungleichheit systemische Kriminalität produziert. Ihre Vision war hiergegen, dass mit der Abschaffung des Kapitalismus auch der Traum einer durch und durch zivil(isiert)en Gesellschaft realisiert würde.

Was die Linke nicht tun darf, ist, aus Angst, der Sicherheitsdiskurs könnte Wasser auf Mühlen der Rechten sein, ihn deren autoritären Antworten zu überlassen. Das Bedürfnis nach Sicherheit ernst zu nehmen, bedeutet schließlich nicht, im Einklang mit der Rechten nach mehr Überwachung, Gefängnissen, Abschiebungen und härteren Strafen zu rufen.

(Innere) Sicherheit als soziale Frage

Linke Politik muss konkrete Alternativen anbieten. Der linke Diskurs zur inneren Sicherheit behandelt allgemein die Frage, wie Kriminalität im Kapitalismus entsteht und nachhaltig bekämpft werden kann. Diesbezüglich kann die Linke zunächst selbstbewusst konstatieren: Gelingt es dem (Austeritäts-)Staat im bürgerlichen Kapitalismus nicht mehr, die zivile Ordnung aufrechtzuerhalten und entstehen ›rechtsfreie‹ Räume, dann besagt das nichts anderes, als dass der Kapitalismus immer weniger in der Lage ist, elementare Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Dagegen ist ein Leben ohne Angst vor sexueller Gewalt, Raub oder Mord Teil der sozialistischen Utopie.

Nun ist die Polizei zwar einerseits zweifellos die „rechte Hand des Staates“. Ihre Funktion besteht darin, die Eigentumsordnung zu schützen. Sie ist aber nicht nur das: Denn in dem Maße, in dem die Kombination aus wachsender Vermögensun-

gleichheit und Kürzungspolitik im öffentlichen Sektor zu einer Privatisierung von Sicherheit führt, sind es vor allem die unteren Klassen, die sich der kriminellen Fäulnis des Kapitalismus ausgeliefert sehen. In diesem Sinne schützt nicht nur das Gesetz die Schwachen vor den Starken, sondern ist die Polizei das Mittel zu seiner Durchsetzung. Wenn etwa Kürzungspolitik in ökonomisch peripherisierten Regionen zur Folge hat, dass die Aufklärungsquote bei Einbruchs- und Diebstahlsdelikten angesichts der Überforderung des Sicherheitsapparats noch weiter zurückgeht, weil diese aus Personalmangel teils gar nicht mehr verfolgt werden können, ist das ein Thema für die Linke.

Als Linke die Sicherheitsfrage zu stellen, impliziert dabei freilich nicht den autoritär-populistischen Ruf nach härteren Gefängnisstrafen. Und reduziert sich auch nicht darauf, mehr Polizei- und Justizbeamte zu fordern. Die Frage der (inneren) Sicherheit von links zu stellen, hieße, sie in ein radikales realpolitisches Transformationsprojekt einzubetten. Nur im Rahmen einer Rekonstruktion der Commons durch einen allgemeinen Ausbau der öffentlichen Investitionen kann sie sinnvoll bearbeitet werden. Denn es fehlen schließlich nicht nur PolizistInnen, sondern auch LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, KindergärtnerInnen, KrankenpflegerInnen und so weiter. Damit ließe sich das Sicherheitsthema im Rahmen einer breiteren fortschrittlichen Reformagenda von links besetzen und würde nicht seiner populistischen Ausschächtung durch rechtsautoritäre Politiker überlassen.

Entscheidend wäre dabei, den Sicherheitsdiskurs aus seiner Engführung als ›Innere Sicherheit‹ zu lösen. Er sollte verknüpft werden mit einer Kritik an der herrschenden Gesamtunsicherheit und Fragen der allgemeinen Absicherung, der sozialen Sicherheit. Im Rahmen einer umfassenden Reformagenda ergäbe sich so eine Verknüpfung zwischen Sicherheit im öffentlichen Raum und (ab-)gesichertem Leben – jenseits von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Unplanbarkeit von Familie und Beruf oder prekärer Alterssicherung. Denn die Unsicherheit ist kapitalistisch und Sicherheit ein linkes Thema.

Ingar Solty



Ingar Solty

ist seit Mai 2016 Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er arbeitet zu Fragen der internationalen politischen Ökonomie. Er hat kürzlich in Köln zum Thema referiert.

Dieser Text ist eine gekürzte Fassung eines Aufsatzes aus der Zeitschrift: www.zeitschrift-luxemburg.de/sicherheit-ein-heisses-eisen-fuer-die-linke/

Die Fraktion hatte im September letzten Jahres eine Anfrage zur Aufrechnung von Mietkautionen auf den Hartz IV-Regelsatz gestellt. Die Antwort war ebenso bestimmt wie ernüchternd. (Nicht nur) In Köln gewährt das Jobcenter die Mietkaution als Darlehen und behält dafür jeden Monat 10 % des Regelsatzes ein. (Platzjabbeck berichtete.) Nun schlägt der Erwerbslosenverein Tacheles e. V. eine bundesweite Kampagne gegen diese Praxis vor. Dazu haben wir Harald Thomé, SGB-II-Experte und Mitbegründer des Wuppertaler Erwerbslosen- und Sozialhilfevereins Tacheles e. V. ein paar Fragen gestellt.



Platzjabbeck: *Wie wirkt sich die Tilgung von Mietkautionen oder auch Genossenschaftsanteilen auf die Regelsätze aus?*

Harald Thomé: In Hamburg betragen Genossenschaftsanteile in der Regel sechs bis acht Monatsmieten (hier gibt es keine gesetzliche Beschränkung). Bei einer Grundmiete von 400 Euro kann dies bis zu 3.200 Euro betragen. Wird dieses Darlehen bei einer Person mit 10 % des Regelbedarfes, also 40,90 Euro monatlich aufgerechnet, dauert die Tilgung ca. sechseinhalb Jahre. Selbst bei einem Kautionsdarlehen, welches gesetzlich auf drei Monatsmieten beschränkt ist, ergibt sich bei der im Beispiel angenommenen Miete eine Darlehenssumme von 1.200 Euro und eine Aufrechnungsdauer von fast zweieinhalb Jahren. Solche langen Aufrechnungszeiträume führen zu einer dauerhaften und dadurch verfassungswidrigen Bedarfsunterdeckung.

Platzjabbeck: *Sind diese Kosten im Regelbedarf vorgesehen?*

Harald Thomé: Der Regelbedarf ist so bemessen, dass Leistungsbeziehende durch Umschichtung im Ausgabenverhalten und Ansparung genug Mittel zur Verfügung haben sollen, für den notwendigen Lebensunterhalt, Ersatzbeschaffungen und notwendige Zusatzbedarfe. Ich betone sollen, in der Fiktion des Gesetzgebers. In diesem geschlossenen Konzept sind Bedarfe für Unterkunftskosten und zur Tilgung von Wohnungsbeschaffungsdarlehen nicht vorgesehen. Durch die starre zehnprozentige Aufrechnung von Darlehen für Bedarfe, die nicht im Regelbedarf berücksichtigt sind, entsteht eine erhebliche Unterdeckung bei den originären Leistungen zum Lebensunterhalt. Ursprünglich, d.h. vor der Gesetzesänderung 2011, folgte der Gesetzgeber unmissverständlich der Systematik, dass laufende und einmalige Bedarfe für Unter-

90 % des Existenzminimums reicht nicht für eine Existenz –

Kampagne gegen die Aufrechnung von Wohnungsbeschaffungskosten von den Hartz IV-Regelsätzen!

kunft und Heizung zusätzlich zum Regelbedarf als Beihilfe zu übernehmen sind oder in Bezug auf die Mietkaution als Darlehen, wo sich das Amt den Rückzahlungsanspruch durch eine Abtretungserklärung gesichert hat oder erst nach Rückzahlung derselben fällig wird.

Platzjabbeck: *Wie bewerten Gerichte diesen Widerspruch?*

Harald Thomé: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 zum Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ausgeführt, das nur eine „vorübergehende“ monatliche Kürzung des Regelbedarfes als zulässig anzusehen ist. Diese vorübergehende Unterdeckung ist auch nur zulässig in Bezug auf die vom Regelsatz umfassten Bedarfe wie Hausrat, Möbel, Kleidung und Haushaltsenergie.

Die Tilgung eines Darlehens für Wohnungsbeschaffungskosten ist regelsatzfremd

gesichert. Die Rückzahlung wird von Amtswegen wegen tiefgreifender verfassungsrechtlicher Bedenken über eine behördlich festgestellte Unbilligkeit der weiteren Geltendmachung gestundet.

Im Ergebnis führt diese Regelung zu einer verfassungskonformen Auslegung der Rechtslage. Sie kann sowohl auf Bestands- als auch Neufälle angewendet werden. Die Bundesagentur für Arbeit hat Tacheles auf Nachfrage geantwortet, dass sie an ihrer bisherigen Rechtsauffassung festhält. Einzelne Jobcenter könnten aber von der Unzulässigkeit überzeugt sein und daher von Amtswegen eine andere Verwaltungspraxis anordnen. Da es sich bei den Wohnungsbeschaffungskosten um sog. kommunale Leistungen handelt, liegt die Zuständigkeit bei jedem örtlichen Jobcenter. Das könnte eine andere Verwaltungspraxis beschließen.

Platzjabbeck: *Was kann man gegen diese fragwürdige Praxis der Jobcenter tun?*

Harald Thomé: Weil BMAS, BA und die örtlichen Jobcenter die Aufrechnungspraxis erklärtermaßen nicht freiwillig ändern werden, muss dies erstritten werden. Erstreiten heißt, dass Erwerbslosen- und -organisationen, Wohlfahrts- und Sozialverbände, fortschrittlichen Juristenvereinigungen und kritische Öffentlichkeit sozialpolitisch Druck ausüben und sich gegen die Aufrechnung von Wohnungsbeschaffungskosten positionieren. Dazu haben wir einen Aufruf ins Netz gestellt:

<http://tacheles-sozialhilfe.de/fa/redakteur/Aktuelles/Kampagne-gegen-Aufrechnungen-06.06.2017.pdf>

Eine Reihe von bundesweiten Organisationen unterstützt den Aufruf schon, für nach den Sommerferien wird es (vermutlich) ein breites Bündnis aus Wohlfahrts- und Sozialverbänden und Erwerbslosengruppen. Die Initiative wird schon bundesweite Wirkung entfalten, da bin ich zuversichtlich. Darüber hinaus muss vor Ort mit juristischen Mitteln vorgegangen werden. Dazu haben wir diese Handlungshilfe sowie drei Mustertextvorlagen vorbereitet, die selbstverständlich nach den eigenen Bedürfnissen angepasst werden können. Sie können auf der o. g. Kampagnenseite heruntergeladen werden.

Platzjabbeck: *Harald Thomé, wir danken für dieses Gespräch.*

Die Fraktion unterstützt den Aufruf von Tacheles e. V.



und würde wegen der Höhe des Darlehens zu langen und damit verfassungswidrigen Aufrechnungen führen.

Außerdem gibt es eine Reihe von Urteilen von Sozialgerichten in erster und v.a. zweiter Instanz, davon fünf Urteile des Landessozialgerichts NRW, die Zweifel an der Zulässigkeit der Aufrechnung von Wohnraumbeschaffungsdarlehen geäußert haben. Diese Urteile sind, insofern rechtskräftig, auch für Köln bindend.

Platzjabbeck: *Können und müssen Jobcenter diese Praxis dann nicht ändern?*

Harald Thomé: Kurzfristig gibt es folgende Möglichkeit, mit der problematischen Rechtslage umzugehen: Kautionen und Genossenschaftsanteile werden weiterhin auf Darlehensbasis gewährt, die Jobcenter verzichten aber auf die Aufrechnung. Für gezahlte Darlehen werden Rückzahlungsansprüche über eine Abtretungserklärung

TERMINE

So., 9. Juli

Edelweißpiratenfestival

Das Festival gehört mittlerweile zum kölnischen Jahresablauf, das war vor zwei Jahrzehnten schier undenkbar. Es macht einfach Spaß, jedes Jahr aufs Neue die Bühnen im Kölner Friedenspark abzuklappern und Bands zu entdecken, die die Songs der Piraten auf ihre Art und Weise interpretieren. In diesem Jahr wie immer mit Klaus an der Geige, dazu Retrogott, Fleur Earth, Fläshmob und und und.

14.30 Uhr, Friedenspark

Colognepride. Heute wird in Köln wieder eng getanzt. Wenn sich zum Colognepride wieder eine Million Menschen entlang der Paradenstrecke in der Innenstadt versammeln, bleibt kein Quadratmeter frei. 12 Uhr, Innenstadt

Di., 11. Juli

Sitzung des Stadtrates

Bevor sich die Kommunalpolitik in die Sommerfrische verabschiedet, wird noch einmal stramm getagt. Die Sitzung beginnt traditionell anderthalb Stunden früher als sonst. Vieles liegt noch an: Der Haushalt wird eingebracht und über 10 Anträge der Fraktionen liegen vor. Es wird eine lange Sitzung.

Ab 14.00 Uhr, Rathaus, oder aber Livestream

Initiative RingFrei!

Sie haben die Zusammenarbeit mit der Stadt entnervt aufgekündigt: Die Initiative „RingFrei!“ macht seit anderthalb Jahren Vorschläge, wie man die Kölner Ringe wieder attraktiv machen könnte - auch für Radfahrer und Fußgänger. Doch bei der Stadt sei das Engagement viel zu gering, so die Initiative. Bei der heutigen Debatte sitzen sich Vertreter von »RingFrei!« und Stadtverwaltung nun gegenüber. Neubeginn oder Eskalation?

19 Uhr, Haus der Architektur

Mi., 12. Juli

Istanbul

Gegner und Befürworter Erdogan spielen zusammen ein Theaterstück? Das scheint kaum vorstellbar, aber Autor und Regisseur Nuran David Calis ist auf solche Unternehmungen spezialisiert. »Istanbul« ist der letzte Teil einer Trilogie am Kölner Schauspiel, die von Glauben, Alltag und Spuren des Terrors handelt. Das Stück ist eine inszenierte Diskussion zwischen zwei Ensemble-Schauspielern und Kölner Bürgern türkischer Abstammung. Der Riss, der die türkische Gesellschaft spaltet, teilt auch das Ensemble auf der Bühne.

20 Uhr, Schauspiel Köln im Depot

Do., 13. Juli

Mehr Sicherheit durch zivile Konfliktbearbeitung?

In jüngster Zeit häufen sich Forderungen, Deutschland solle „mehr Verantwortung in der Welt übernehmen“ und die Ausgaben für das Militär erhöhen. Gleichzeitig sind die Resultate, wenn militärisch in Konflikte eingegriffen wird, kaum überzeugend, meist aber tragisch. Kann zivile Konfliktbearbeitung also eine Alternative sein? Vertreter mehrerer Friedensinitiativen diskutieren mit Rolf Mützenich (SPD), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

19.30 Uhr, Domforum

Mer Dikamen – Wir sehen uns. Sinti sind eine eigenständige ethnische Minderheit.

Sie leben seit 600 Jahren in Deutschland, aber immer noch haben sie mit Vorurteilen zu tun. Wir wollen mit dieser gemeinsamen Veranstaltung dazu beitragen, Vorurteile durch Begegnung und Dialog abzubauen und gegenseitige Anerkennung und Toleranz vor Ort stärken. Dabei ist uns der Austausch mit Schülerinnen und Schülern besonders wichtig.

Das NS Dokumentationszentrum Köln lädt gemeinsam mit der SINTI Union Düsseldorf e.V. (Landesverband NRW) in Kooperation mit der Sinti Union Köln e.V. alle Interessenten zu einem Gespräch bzw. einer Begegnung der besonderen Art ein: zum moderierten Erzählcafé „Mer Dikamen“ – Wir sehen uns. Nach einer Führung durch die Sonderausstellung sowie die Dauerausstellung über Sinti kommen Sie in den Dialog mit Sinti aus Köln und Düsseldorf. Hier erfahren Sie mehr über Kultur und Geschichte der Sinti, und zwar aus erster Hand, von Sinti selber. Die teilnehmenden Sinti erzählen in dieser Veranstaltung aus ihrem Leben und berichten über die Erfahrungen ihrer Familie in der Vergangenheit in Deutschland. Wir freuen uns auf spannende Geschichten, viele Fragen und interessante Diskussionen.

Die Veranstaltung findet im Rahmen des Projektes: „600 Jahre Vorurteile – Warum?“ mit freundlicher Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW statt. Anmeldung unter: Tel.: 0221 / 221 26 567 oder barbara.kirschbaum@stadt-koeln.de

Erzählcafé, 14 Uhr, EL-DE-Haus

So., 16. Juli

Rassendiagnose Zigeuner.

Der Völkermord an den Sinti und Roma und der lange Kampf um Anerkennung, Führung in der Ausstellung. Ort: NS-Dokumentationszentrum im EL-DE Haus, 14 Uhr

Do., 20. Juli

Bhutan und das Bruttonationalglück.

Foto-Präsentation u. Vortrag zum Lebensalltag der Menschen in Bhutan u. den Projektideen des Vereins Nomadenhilfe, Vortragende: Gewang Dorji, Pema Choeden u. Sandra Busch, Eintritt: Spende. Ort: Allerweltshaus, 20 Uhr

So., 30. Juli

Das Jüdische Köln.

Sichtbares und Verborgenes, VA: NS-Dokumentationszentrum, Anmeldung: museenkoeln.de, Treffpunkt: Foyer des EL-DE Hauses, Appellhofplatz 23-25, 15 Uhr

Sa., 5. August

Köln im Nationalsozialismus.

Führung durch die Gedenkstätte u. durch die Dauerausstellung, Tk 4,50. Ort: NS-Do-



kumentationszentrum im EL-DE Haus, 14 Uhr

Do., 31. August
Bleiberechte statt Duldung und Abschiebung für Roma

Als Flüchtlinge „ohne Bleibeperspektive“ gelten in Köln fast 5.000 geduldete Flüchtlinge, vor allem Roma aus dem Westbalkan. Viele von ihnen sind schon länger als fünf Jahre in Köln, fast 1.000 schon mehr als 15 Jahre! Für diese Menschen ist Köln längst zur Heimat geworden.

Die menschenunwürdigen Lebensbedingungen, die soziale und politische Ausgrenzung und Diskriminierung vieler Roma in den Westbalkanstaaten sind bekannt. Trotzdem werden diese Staaten als „sichere Herkunftsländer“ eingestuft. Mit der rechtlichen Folge, dass Fluchtgründe nicht anerkannt, Asylanträge schnell abgelehnt werden und effektiver Rechtsschutz kaum möglich ist. Es gibt jedoch Ermessensspielräume, die seitens der Behörden zugunsten der Betroffenen angewendet werden können. Darüber diskutieren: Dr. Lothar Becker, Leiter der Kölner Ausländerbehörde, Claus-Ulrich Pröß, Kölner Flüchtlingsrat und Mitglied der ausländerrechtlichen Beratungskommission, und Ossi Helling, Rom e.V. Eine Veranstaltung des Rom e.V. in Zusammenarbeit mit dem NS-DOK und dem Kölner Flüchtlingsrat e.V.

19 Uhr, EL-DE-Haus

TERMINE DER FRAKTION

AK Umwelt

Mo, 17. Juli, 16.45 Uhr

AK Stadtentwicklung + Verkehr

Do, 13. Juli, 18.30 Uhr

AK Kunst, Kultur und Medien

Mo, 28. August, 18 Uhr

AK Sport

30. August, 17.30 Uhr

AK Jugend und Schule

Do, 31. August, 20 Uhr

AK Frauen

Di, 5. September, 17 Uhr

AK Soziales und Integration

Di, 5. September, 18.30 Uhr

AK Gesundheit und Inklusion

Do, 12. September, 17 Uhr

AK Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung

Do, 21. September, 19.30 Uhr

**Redaktionsschluss nächste
Ausgabe: 17.9.2017**

Gregor Gysi
kommt nach Köln
Sonntag, 27. August 2017
20 Uhr · STADTGARTEN
Venloer Straße 40 · 50672 Köln
DIE LINKE.
www.die-linke-koeln.de

Armut im Rheinland: Jetzt reden wir!

Am 20. Mai 2016 hatte die Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Konferenz „Armut im Rheinland“ in die Lutherkirche geladen: Gut 350 Menschen stimmten mit Expertinnen und Experten aus dem Bundestag, den Sozialverbänden, Gewerkschaften und Kirchen darin überein, dass eine andere Politik nötig ist: Durch Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums muss die massenhafte Armut überwunden werden. Doch zu Wort kamen überwiegend die Expertinnen und Experten. Als Experten in eigener Sache redeten nun die Betroffenen genau ein Jahr später selbst.

Berthold Bronisz



Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Radkomm 2017 setzt Themen

Zum dritten Mal und mit wachsendem Erfolg fand in Köln die Radkomm statt. Das Kölner Forum für Radverkehr hatte mit seinem aktuellen Thema: „Stadt - Rad - Luft“ den richtigen Riecher. Seit Jahrzehnten überschreitet Deutschland die von der EU vorgegebenen Werte für saubere Luft. 86.000 vorzeitige Todesfälle jedes Jahr gehen auf das Konto der Luftverschmutzung in Deutschland, wie die Europäische Umweltagentur 2016 feststellt.

An den Folgen der Verkehrs-Emissionen sterben doppelt so viele Menschen wie durch Verkehrsunfälle. Besonders betroffen: Schwangere und Kinder, wie der der Kölner Kinderarzt Christian Döring auf dem Forum konstatierte. Für Köln sprach er von regelrechten „No-Go-Areas“ und Feinstaub-„Hotspots“, die besonders belastet sind durch einen „toxischen Cocktail“ aus Feinstaub, Stickoxiden, CO₂, und anderen Luftschadstoffen.

„Die feinsten Stäube sind die giftigsten“, so der Kinderarzt. Er würde sich wünschen, dass stark belastete Gebiete in der Stadt markiert werden, um sie zu meiden.

Da die Stadt jedoch nach dem Motto verfährt, was ich nicht messe, kann auch nicht schaden, messen Bürger*innen jetzt selber. Die Radkomm macht es vor. Unter Anleitung von Marcel Belledin vom OK

Lab Köln werden Feinstaub-Messgeräte in Betrieb genommen, die schon am Abend erste Ergebnisse lieferten.

Die wachsende Bedeutung des Kölner Forums zeigte sich in der Präsenz der Kölner Verwaltung. Im Publikum der Amtsleiter für Straßen und Verkehrstechnik Klaus Harzendorf und der mittlerweile gut mit

neuen Mitarbeiter*innen bestückte Fahrradbeauftragte Jürgen Möllers. Auf dem Podium Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die neue Verkehrsdezernentin Andrea Blome und Umweltdezernent Prof. Dr. Harald Rau. Frau Reker eröffnete nicht nur die Radkomm und referierte über die „Erfolge“ für den Radverkehr im Jahr 2016 - ein Radverkehrskonzept wurde beschlossen -, sondern präsentierte auch die bundesweite Aktion Stadtradeln. Selber aufs Rad geschwungen hat sie sich jedoch nicht: „Mir ist das Radfahren in Köln zu gefährlich“, gab sie freimütig zu.

Verkehrsdezernentin Blome gab bekannt, dass sie mit unterschiedlichen Initiativen im Dialog steht und eine „Fachgruppe Radverkehr“ plant, um Initiativen und Verbände „mit der Verwaltung an einen Tisch zu bringen“. Bleibt abzuwarten, ob ihre zupackende Art greift. Bei ihrem Amtsantritt stellte sie fest: „An Ideen und Planungen hat diese Stadt kein Defizit, sie hat ein Umsetzungsdefizit.“

Wie man daran etwas ändern kann, fragte man sich dann in den nachmittäglichen Workshops. Zum einen setzen sich die Aktiven zusammen und gingen der Frage nach: Was können wir tun, um die Dinge in Gang zu bringen? Worauf reagieren die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung? Und die Politiker fragten sich, was tun wir, damit unsere Beschlüsse umgesetzt werden? Was kann die Politik tun, damit die Erwartungen der Bürger*innen erfüllt werden?

Final gab es ein Pecha Kucha (eine prägnante Präsentationsform aus Japan) rund um die Verkehrswende und neue urbane Mobilität, die bereits Früchte zeigt und Bewusstsein schafft für die Flächenungerechtigkeit in der Stadt, dass sich vor allem durch rücksichtsloses Parken zeigt. Der Beitrag des innerstädtischen Bezirksvertreters Thomas Gefte ging bei Twitter sogar viral und schaffte es in die bundesweiten Medien, u.a. Spiegel, WDR, Sat1. Er hatte sein Rad vor der Radkomm mitten auf der Venloer Straße geparkt mit dem Hinweisschild „Nur kurz zum Bäcker“.

LINK zum Tweet: <https://twitter.com/megarosaelefant/status/877936195833135104>

Gunda Wienke



Lasten bewegt DIE LINKE bevorzugt mit dem Lastenrad ... nicht nur auf Demos.
Foto: Hans-Dieter Hey/r-mediabase.de

Bleibt zu hoffen, dass ihre Verwaltung dieses Jahr die vielen guten und bereits ausgearbeiteten Ideen umsetzt, die in das Radverkehrskonzept Innenstadt, Ringfrei u. a. Verbesserungen für den Rad- und Fußverkehr eingeflossen sind, damit sich ihre Chefin demnächst sorgenfrei mit dem Rad durch die Stadt bewegen kann.